

# Verteilen und herrschen

## Entscheidung einer Essener Tafel hat sozialpolitische Debatte ausgelöst. Doch es ist der Staat, der durch seine Einsparungen die Armut verschärft

*Johannes Supe*

---

Über Soziales wird in der BRD selten gesprochen. Kommt doch einmal eine Debatte auf, entzündet sie sich in der Regel an Abseitigem, etwa der Entlassung einer Kassiererin, weil sie Pfandbons im Wert von nicht einmal zwei Euro unterschlug, oder der Ernennung eines SPD-Vizekanzleranwärters. Nun wird wieder über Armut in Deutschland diskutiert – weil eine Essener Tafel dem Andrang von Bedürftigen nicht mehr Herr wird und nur noch deutsche Neukunden annehmen will. Ulrich Schneider hätte sich wohl einen anderen Anlass für die Debatte gewünscht. Aber immerhin: Sie ist nun da. Und der Chef des Paritätischen Wohlfahrtsverbands findet in ihr deutliche Worte: »Der Staat versucht den Menschen möglichst wenig zukommen zu lassen, unabhängig davon, was sie wirklich brauchen.«

Ein Bündnis aus mehr als 30 Initiativen, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften hat am Dienstag in Berlin das Versagen des hiesigen Sozialstaats kritisiert. Die BRD komme ihrer Verpflichtung, den Menschen ein Existenzminimum zu garantieren, immer weniger nach – und mache damit Hunderttausende von ehrenamtlichen Initiativen abhängig. Mit einer erneuten Regierung aus Union und SPD drohe die Fortführung dieser Politik.

»Sozialpolitische Reformen der vergangenen Jahre hatten immer das Ziel, Mittel einzusparen«, erklärte Barbara Eschen, Sprecherin der Nationalen Armutskonferenz. Reichen seien Steuergeschenke gemacht worden, gleichzeitig habe man die Leistungen für Bedürftige zusammengekürzt. In der Folge sei die Konkurrenz der Menschen um die Mittel verschärft worden. »Und heute beklagt die Politik, die den Sozialabbau herbeigeführt hat, die Entsolidarisierung der Gesellschaft.« Für Eschen ist das schlicht eine »verkehrte Welt«.

Zu der gehört etwa das Hartz-IV-System. Trickreich würden die Regelsätze kleingerechnet, führte Ulrich Schneider aus. Erwachsenen würden gerade einmal 4,77 Euro am Tag für Essen zugestanden, bei Schulkindern liege der Betrag nochmals deutlich niedriger: 2,77 Euro. Eine ordentliche Ernährung sei mit solchen Leistungen nicht möglich. Um über die Runden zu kommen, seien viele auf die Tafeln angewiesen.

Und so geht es in der BRD schon seit Jahren zu. Die Tafeln selbst weisen aus, dass ihre Zahl seit 2003 sprunghaft anstieg – also seit der Einführung der »Agenda«-Gesetze unter Gerhard Schröder (SPD). Gab es damals bundesweit 330 Einrichtungen, so sind es mittlerweile über 900. Sie betreuen etwa anderthalb Millionen Bedürftige.

Nicht nur die Hartz-IV-Leistungen seien zu gering bemessen, so Schneider. Auch die Mittel für Kinder reichten nicht aus, ebensowenig die Grundsicherung für ältere Menschen oder das wenige Geld, das Schutzsuchenden zugestanden wird. Teils um 30 Prozent müssten die Leistungen angehoben werden.

Doch unter einer erneuten »großen Koalition« wird auch dieses Minimum erkämpft werden müssen – oder es bleibt aus. Das wissen die mehr als 30 Organisationen, die sich nun für Verbesserungen einsetzen wollen. Am Dienstag betonten ihre Vertreter, dass im Koalitionsvertrag von Union und SPD keine Trendwende in der Sozialpolitik zu erkennen sei. Über Hartz-IV finde sich im Dokument nicht einmal ein einziger Satz. Worum es in den kommenden Monaten und Jahren also gehen muss, fasste Schneider so zusammen: »Der neuen Groko müssen wir deutlich machen: Dieser Koalitionsvertrag kann nicht das letzte Wort sein.«

---

<https://www.jungewelt.de/artikel/328521.verteilen-und-herrschen.html>